

Änderungsantrag

der Abgeordneten Schulte (Menden), Senfft und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines
Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der
Bundesfernstraßen – 3. FStrAbÄndG –
— Drucksachen 10/4389, 10/4734 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Zu Artikel 1:

Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen wird wie folgt geändert:

Die B 236, Letmathe–Altena, wird aus dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen gestrichen.

Bonn, den 29. Januar 1986

Schulte (Menden)

Senfft

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

Die bestehende B 236 ist nur zu 50 % ausgelastet.

Es besteht keine klare Vorstellung über die Trassenführung. Im Moment sind noch drei Trassen im Gespräch, die jede für sich große Nachteile bringen:

Trasse 1: Linksseitig der Lenne an bestehenden Wohngebieten vorbei, dabei sehr große Höhe überwindend (ca. 200 m). Alle Kommunalpolitiker sind gegen diese Trasse.

Trasse 2: Rechtsseitig der Lenne durch (fast) unberührte Kulturlandschaft (einige Einzelhäuser und Bauernschaften). Ein „kleiner“ Tunnel von ca. 700 m bedroht eine unter Naturschutz stehende Felsenwand.

Trasse 3: Ganz Nachrodt und die Lenne werden untertunnelt (die Trasse, die im Moment von Politikern und Straßenplanern favorisiert wird). Es treten folgende Probleme mit dieser Trasse auf: Sehr hohe Kosten, große Probleme mit dem Aushub, Belüftungsprobleme und Verkehrssicherungsprobleme des fertigen Tunnels.

Bei allen Trassen tritt das Problem der Anbindung an die L 692 auf (Verbindungsstraße Nachrodt–Wiblingwerde–Lüdenscheid über den Höhen linksseitig der Lenne), insbesondere bei den Trassen 2 und 3, so daß ein Entlastungseffekt zur bisherigen B 236, was den Verkehr nach Lüdenscheid betrifft, kaum ins Gewicht fallen wird.

Das für den Fernstraßenbau vorgesehene Investitionsvolumen im Bundesverkehrswegeplan '85 ist zu verringern um die im Gesetzesentwurf für das genannte Projekt angesetzten Mittel.

Die Einsparungen werden für Investitionen bei der Deutschen Bundesbahn (insbesondere zur Modernisierung von Nah- und Regionalverkehrsstrecken) und für Investitionszuschüsse zu den Bereichen ÖPNV und Verkehrsberuhigung verwandt.